



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Oktober 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 286 Anfrage Nussbaum Adrian und Mit. über Dispensationen von der Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement

Adrian Nussbaum ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Adrian Nussbaum: Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass die Regierung für die Beantwortung meiner Anfrage sogar eine Umfrage bei den Schulleitungen durchgeführt hat. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu den Jokertagen. Ich verstehe ihren Sinn nicht. Im richtigen Leben gibt es auch keine Joker, warum also in der Schule? Nach vielen Gesprächen bin ich aber zum Schluss gekommen, dass diese Regelung der Jokertage doch nicht so schlecht ist. Die Regelung ist klar, einfach und setzt klare Schranken. Es ist eine pragmatische Lösung, wie sie die Politik selten kennt. Betreffend Dispensationen stören mich die bewilligten Dispensationsgesuche für Ferien und Ferienverlängerungen. Die meisten Schulen haben entsprechende Merkblätter, leider scheint aber die gängige Praxis etwas anders zu sein. Die Regierung schreibt in der Antwort zu Frage 5, dass Ferien ein Hauptgrund für die Dispensationsgesuche sind. Ferien sind für mich kein Dispensationsgrund. Es mag spezielle Einzelfälle geben, aber grundsätzlich sollten Dispensationsgesuche für Ferien abgelehnt werden. Es geht nicht darum, dass ich den Schülern und ihren Eltern diese Ferien nicht gönnen würde. Aber diese Praxis fördert eine falsche Haltung gegenüber dem Staat. Es ist eine Jekami-Mentalität, und diese fördert das spätere Vertrauen in die Politik und den Staat auf keinen Fall. Selbstverständlich ist mir bekannt, dass die Dispensationen in die Kompetenz und die Autonomie der Gemeinden fällt. Ich will diese Gemeindeautonomie auch nicht infrage stellen. Ich hoffe aber, dass die Regierung etwas sensibilisierter mit diesem Thema umgeht, auch im Gespräch mit den Gemeinden. Sollte sich aber diese Jekami-Mentalität weiterhin bestätigen oder verschärfen, werde ich ein entsprechendes Postulat einreichen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Das Problem liegt hier vor allem bei der Eigenverantwortung der Eltern. Eltern, die ihren Kindern aufzeigen wollen, dass die Schule etwas Wichtiges ist, stellen nur in wirklich begründeten Fällen ein Dispensationsgesuch. Wenn Eltern mit ihren Kindern früher in die Ferien fahren, zeigen sie damit vor allem auf, dass es Wichtigeres als die Schule gibt, nämlich Ferien. Wir haben hier den Gemeinden bewusst eine hohe Autonomie gelassen. Die Gemeinden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Regeln auch eingehalten werden. Wir werden dieses Thema im Auge behalten, es ist aber nicht vorgesehen, den kommunalen Schulen weitere Vorschriften zu machen. Die Volksschule ist eine Verbundaufgabe, in diesem Fall liegt die Verantwortung bei den Gemeinden.